Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb cesi

E 5604

Der Vollzugsdienst

1/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Des Dramas letzter Akt … Revisionsentscheidung des BGH: FREISPRUCH !

Vorgaben des Vollzugsgesetzes in Rheinland-Pfalz maßgeblich

Seite 1

Themen, die nie enden und in allen Bundesländern bewegen

„Auf ein Wort" zur beruflichen Realität im Justizvollzug

Seite 41

Alterssicherung: Schlägt im März 2020 die Stunde der Wahrheit für die Beamtenversorgung ?

Rentenkommission wird grundlegende Vorschläge unterbreiten

Seite 57

BSBD bei der Jahrestagung des dbb 2020 in Köln gut vertreten.

Mehr dazu: ab Seite 4

BUNDESHAUPTVORSTAND

SAARLAND

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 Des Dramas letzter Akt ... BGH spricht Rheinland-Pfälzer Kollegin und Kollegen frei

2 Gewalt gegen Bedienstete im Justizvollzug

3 Ländertreffen 2019 auf der Insel Reichenau – Exkursion in die JVA Saxeriet in der Schweiz

4 BSBD bei der Jahrestagung 2020 des dbb gut vertreten

6 Erstmals Frauenvertreterinnen auf der dbb Jahrestagung

6 Guter Rechtsschutz: Wichtige Säule der Gewerkschaftsarbeit

7 Kommentar von René Müller: Innovation vs. Rückschritt

8 2. dbb Bundesseniorenkongress tagte in Berlin

8 Seminar zum Thema Mitgliederwerbung/Mitgliedergewinnung

LANDESVERBÄNDE

9 Baden-Württemberg

23 Bayern

27 Berlin

31 Brandenburg

33 Hamburg

38 Hessen

46 Mecklenburg-Vorpommern

49 Niedersachsen

50 Nordrhein-Westfalen

64 Rheinland-Pfalz

69 Saarland

72 Sachsen

74 Sachsen-Anhalt

79 Schleswig-Holstein

81 Thüringen

73 Impressum

ERSCHEINUNGSTERMIN
der Ausgabe 2/2020:
15. April 2020

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	**vollzugsdienst@bsbd.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Höchster Einsatz im Landtag von Baden-Württemberg

LOHN DER MÜHE

Nun im Doppelhaushalt 2020/2021 festgezurrt:

- **175 Neustellen für den Justizvollzug.**
- **390 Stellenhebungen in den mittleren Diensten und 21 im gehobenen Verwaltungsdienst.**
- **Erhöhung der Eingangsgehälter und die nächsthöhere Erfahrungsstufe für 500 Justizbedienstete.**

Die Fakten sind bekannt – wir haben im **VOLLZUGSDIENST 6/2019** ausführlich auf den Seiten 8 bis 12 darüber berichtet. Das Geschehen um Stellenhebungen und verbesserte Beförderungsaussichten für die mittleren Dienste im Justizvollzug tauchte in ein politisches Wechselbad. Waren diese Maßnahmen zur Stellenstruktur im Haushaltsantrag des Justizministeriums noch vorhanden, sind sie im Anschluss im Entwurf der Haushaltskommission bei der Staatskanzlei auf unerklärliche Weise völlig abhanden gekommen.

Gerade wegen des hierdurch ausgelösten Frusts steigerte der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** ganz besonders seine Aktivitäten auf allen denkbaren haushaltspolitischen Ebenen. Erste gute Hinweise gab es bereits Anfang November, als das „Stellenhebungs- und Beförderungspaket“ wieder – auch unter Teilnahme von **Finanzministerin Edith Sitzmann** – in die Haushaltsdebatten aufgenommen wurde.

Nach Redaktionsschluss am 15. November 2019 setzte dann der **BSBD**-Vorsitzende seinen Parforceritt durch den Landtag fort und er appellierte kraftvoll und mit wohldosierten Forderungen – verbunden mit Wertschätzung, Anerkennung und Gerechtigkeit für unsere engagierten und kompetenten Kolleginnen und Kollegen – bei den maßgeblichen Abgeordneten für einen Einzug und die Umsetzung dieses „Hebungs- und Beförderungspaketes“ im DHH 2020/2021.

Diese mutige Mühe wurde honoriert und war erfolgreich, was in den folgenden Briefen der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN und der CDU und an einem eingebrachten Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zweifelsfrei abzulesen ist.

Brief an den BSBD-Landesvorsitzenden von der Landtagsfraktion DIE GRÜNEN:

Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz MdL (GRÜNE).

Strafvollzugsbeauftragter Jürgen Filius MdL (GRÜNE). *Fotos (2): LTBW Abg.-Profile*

Zusätzliche Investitionen im Doppelhaushalt 2020/2021

18. November 2019

Sehr geehrter Herr Schmid, lieber Herr Schmid,

Investitionen in den Rechtsstaat und die Verbesserung der Arbeit in den Justizvollzugsanstalten sind von besonderer Bedeutung. Wie Sie wissen genießt die Arbeit im Justizvollzug in der Fraktion GRÜNE im baden-württembergischen Landtag hohe Wertschätzung.

Daher freuen wir uns, dass wir lhnen heute mitteilen können, dass wir im kommenden Doppelhaushalt (Staatshaushaltsplan für die Jahre 2020 und 2021) zusätzlich zu den schon bekannten Neustellen zur Verbesserung der Beförderungsstruktur 390 Stellenhebungen in einem Gesamtvolumen von 1.191.500 EUR durchführen werden. Da im Gegenzug das Personalausgabenbudget gesenkt wird, werden dadurch nicht zusätzliche Haushaltsmittel benötigt.

Damit tragen wir den hohen Anforderungen und Belastungen in der vollzuglichen Arbeit Rechnung und unterstützen unsere Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten bei ihrer hochqualitativen Arbeit.

Nach dem derzeitigen Stand wird der Landtag von Baden-Württemberg den Staatshaushaltsplan für die Jahre 2020 und 2021 in der Plenarsitzung am Mittwoch, 18. Dezember 2019 beschließen.

Für Rückfragen stehen wir selbst sowie unser Justiziar, Simon Letsche, Telefon: 0711/2063-670, E-Mail: simon.letsche@gruene.Landtag-bw.de, zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit weiterhin gutes Gelingen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Schwarz,
Fraktionsvorsitzender

Jürgen Filius MdL,
Vorsitzender des Arbeitskreises Recht und Verfassung

Brief an den BSBD-Landesvorsitzenden von der CDU-Landtagsfraktion:

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Reinhard MdL (CDU). *Fotos (2): LTBW Abg.-Profile*

Arnulf Freiherr von Eyb MdL (CDU), Arbeitskreisvorsitzender.

CDU LANDTAGSFRAKTION BADEN-WÜRTTEMBERG

Doppelhaushalt 2020/2021

26. November 2019

Sehr geehrter Herr Schmid,

die Landesregierung hat inzwischen ihren Entwurf zum Staatshaushaltsplan 2020/2021 in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Im Parlament stehen nun die Beratungen über den Doppelhaushalt 2020/2021 bevor. Dies möchten wir zum Anlass nehmen, um lhnen zu versichern, dass für die CDU-Landtagsfraktion Rechtsfrieden und Rechtssicherheit die Grundpfeiler jeder freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft bleiben. Erst wenn die Bürger sich auf die Funktionsfähigkeit des Justizwesens verlassen können, ist ein verträgliches Miteinander möglich.

Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine Politik, die eine moderne, leistungsfähige und effektive Rechtspflege ermöglicht.

Ein Schwerpunkt unserer Anstrengungen liegt daher in der Schaffung neuer Richterstellen zur Erreichung von PEBB§Y 100. Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Personalausstattung in den JustizvoIIzugs- und Fachdiensten angemessen erhöht wird.

Auch für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung sicherheitstechnischer Ausstattung in den Justizvollzugsanstalten werden mit dem kommenden Doppelhaushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Wir sind froh und stolz darauf, dass es uns in den bislang erfolgten Haushaltsverhandlungen mit unserem Koalitionspartner gelungen ist, gegenüber dem Haushaltsentwurf der Landesregierung nochmals weitere Verbesserungen im Bereich der Justiz durchzusetzen:

- Fortsetzung des Pilotprojekts der elektronischen Rechtspflegerprüfung in den Jahren 2020 und 2021.
- 390 Hebungen in den mittleren Diensten des Justizvollzuges zur Personalgewinnung und Personalsicherung zur Verbesserung der Beförderungsstrukturen.
- Ausbau der Häuser des Jugendrechts in die Fläche mit einer verstärkten Anwendung beschleunigter Verfahren zur schnelleren Aburteilung von Straftätern.
- Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen.
- Förderung des Foto- und lnformationsprojektes „ABSITZEN“ in der JVA Freiburg.
- Förderung eines Projektes zur webbasierten Vermittlung interprofessionellen Grundlagenwissens zur Entwicklung einer gemeinsamen Sprache bei der Zusammenarbeit im Kinderschutz.
- Einrichtung eines Opferbeauftragten nebst zentraler Anlaufstelle.
- Erarbeitung einer Konzeption und Entwicklung des elektronischen Aktenaustauschs zwischen Justiz und Polizei.

Die Regierungsfraktionen haben nunmehr entsprechende Änderungsanträge zum Regierungsentwurf des Staatshaushaltsplans in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Zwar stehen die abschließenden Beratungen im Parlament noch bevor, wir sind aber davon überzeugt, die notwendige Mehrheit für dieses Anliegen gewinnen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Wolfgang Reinhart MdL
Fraktionsvorsitzender

Arnulf Freiherr von Eyb MdL
Arbeitskreisvorsitzender

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Ergebnisse der Gesprächstour durch den Landtag

Schließlich gipfelten die Anstrengungen von vielen Seiten – von **Justizminister Guido Wolf,** von den Landtagsabgeordneten und vom **BSBD**-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** u. a. – in folgender **Pressemitteilung des Justizministeriums** vom 19. Dezember 2019, kurz nachdem im baden-württembergischen Landtag der Doppelhaushalt 2020/2021 am 18. Dezember 2019 verabschiedet worden ist. **Diese Erklärung gibt einen vollständigen Überblick über die politischen Planungen für die nahe Zukunft des Justizvollzugs im Lande und lässt auch viele Anteile erkennen, die vom BSBD eingebracht worden sind, wenn auch nicht alle Wünsche in vollem Umfang erfüllt werden konnten.**

Bemerkenswert ist aber anzufügen, dass dem Justizetat mit allen Stellenvermehrungen und Anhebungen auch die **SPD**- und **FDP**-Fraktionen zugestimmt haben. Allgemeine Justiz und Vollzug haben so eine breite Basis erhalten und Anerkennung für viele Notwendigkeiten sowie Akzeptanz für ihre schwere sich zunehmend auftürmende Arbeit erfahren. ■

Die mit dem „Königsrecht" ausgestatteten Entscheider im Landtag von Baden-Württemberg.

PM JM vom 19.12.2019

Belegung im baden-württembergischen Justizvollzug nach wie vor hoch

Justizminister Guido Wolf:

- **„Wir setzen in diesem Doppelhaushalt mit 175 neuen Stellen die personelle Verstärkung des Justizvollzugs in Baden-Württemberg konsequent fort."**
- **„Die berufliche Tätigkeit im Justizvollzug ist spannend, abwechslungsreich und mit hoher Verantwortung verbunden."**

Eine Entspannung ist nicht in Sicht: Die Belegung im baden-württembergischen Justizvollzug ist nach wie vor hoch. Darauf hat **Justizminister Guido Wolf** am 19. Dezember 2019 in einer Landespressekonferenz hingewiesen.

Er stellte weitere Maßnahmen zur Stärkung des Justizvollzugs im Land vor. Zudem beginnt am heutigen Tag eine Personalmarketing-Kampagne insbesondere in den sozialen Medien für den baden-württembergischen Justizvollzug.

Im nun beschlossenen Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 sind 175 weitere Neustellen für den Justizvollzug vorgesehen. Bereits in den ersten beiden Haushalten dieser Legislaturperiode wurden rund 250 neue Stellen für den Justizvollzug geschaffen. Dazu sagte **Justizminister Guido Wolf:** „Wir setzen in diesem Doppelhaushalt mit 175 neuen Stellen die personelle Verstärkung des Justizvollzugs in Baden-Württemberg konsequent fort: Insgesamt haben wir in dieser Legislaturperiode mehr als 420 neue Stellen für den Justizvollzug geschaffen."

*In einem gesonderten Brief an alle Bediensteten der Justizvollzugsanstalten des Landes hat **Justizminister Wolf** zudem ausgeführt (Einschub Red.):*

*„Neben der Bereitstellung neuer Stellen erreichen wir zudem eine deutliche Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im Justizvollzug mit insgesamt **390 Stellenhebungen** in den mittleren Diensten. Weitere 21 Stellenhebungen kommen dem gehobenen Verwaltungsdienst zugute. Wir tragen damit der hohen Belastung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rechnung. Denn ohne weitere personelle Unterstützung lässt sich die ausgezeichnete Arbeit in unseren Justizvollzugseinrichtungen nicht dauerhaft erhalten."*

„Neue Stellen für den Justizvollzug sind natürlich schön, aber man muss sie auch besetzen können", führte **Wolf** weiter aus. **Zur Besetzung der Neustellen,** aber auch zur Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen hat das Ministerium die Ausbildungskapazitäten des Bildungszentrums Justizvollzug deutlich erhöht.

Mit dem Betrieb eines vierten Ausbildungsstandorts seit Oktober 2019 – zunächst bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim, danach in Crailsheim – werden nun dauerhaft jährlich 212 Anwärterinnen und Anwärter ihre fachtheoretische Ausbildung im Justizvollzug neu beginnen können. Im Jahr 2016 waren es noch 135 Auszubildende.

Zur vorgestellten **Bewerberkampagne** führte Justizminister **Guido Wolf** aus: „Wir wollen den Justizvollzug als Arbeitgeber bekannter machen und – seiner wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe entsprechend – in der Öffentlichkeit mit einem positiven Image versehen. Die berufliche Tätigkeit im Justizvollzug ist spannend, abwechslungsreich und mit hoher Verantwortung verbunden." Gemeinsam mit einer Werbeagentur wurde eine eigene Karriereseite im Internet für den Justizvollzug in Baden-Württemberg konzipiert **(www.justizvollzug-bw.de)**, die am heutigen Tag online geht.

Zudem tritt der baden-württembergische Justizvollzug künftig mit eigenem Logo und Slogan „Justizvollzug Baden-Württemberg – im Dienst der Gerechtigkeit" auf.

Mit Hilfe eines Online-Marketing-Konzepts werden potenzielle Bewerberinnen und Bewerber in sozialen Medien und auf Jobbörsen-Seiten mit zwei Videoclips und fünf aussagenstarken Kampagnenmotive angesprochen.

Im November 2019 waren in den Justizvollzugsanstalten des Landes bei einer Belegungsfähigkeit von 7.445 landesweit durchschnittlich 7.195 Gefangene untergebracht. Im November 2015 waren es noch 6.402 Gefangene. Dies bedeutet einen **Anstieg um knapp 800 Gefangene** innerhalb von vier Jahren. Aufgrund dieser anhaltend hohen Belegung entstehen bauliche Erweiterungen in sogenannter Modulbauweise in den Anstalten Heimsheim, Ravens-

burg und Schwäbisch Hall. Bis 2023 sollen dort insgesamt 360 Haftplätze geschaffen werden. Für diese Maßnahmen in den drei Haftanstalten sind im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt rund 64 Millionen Euro eingestellt. Zudem sind dort für Planung und vorbereitende Maßnahmen hinsichtlich des Neubaus der Justizvollzugsanstalt Rottweil 20 Millionen Euro vorgesehen sowie eine Planungsrate hinsichtlich des Neubaus des Justizvollzugskrankenhauses auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart 25 Millionen Euro.

(Materialien der Kampagne können unter folgendem Link heruntergeladen werden: ***https://www.justiz-bw.de/,Lde/Startseite/Justiz/PK+Justizvollzug+19_12_2019+Materialien****)* ■

Reaktionen des BSBD-Landesvorsitzenden

In seiner Sammelpost vom 22.12.2019 hat Alexander Schmid u. a. geschrieben:

Liebe Mitglieder des ***BSBD****, liebe Freunde,*

eine nochmals hochintensive Woche ist zu Ende gegangen. Der Landeshaushalt ist am 18. Dezember 2019 beschlossen worden. Nach dem Studium der verschiedenen Artikel und Links werden Sie feststellen können, dass der **BSBD** in vielen Bereichen sehr erfolgreich agieren konnte und im Landeshaushalt zahlreiche Verbesserungen für viele Bereiche des Justizvollzuges erreicht werden konnten.
Teilweise sind hierbei historische Bestwerte erzielt worden.
Gleichzeitig wurde am 19. Dezember 2019 die Kampagne für Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug gestartet, die – wie ich meine – mit einem ansprechenden Auftreten helfen soll, dem Justizvollzug ein besseres Image zu verleihen und gezielt auf neue und moderne Art und Weise Interessenten anzusprechen und die Neustellen auch bestmöglich und zeitnah zu besetzen….

Ich danke allen, die geholfen haben, das Erreichte möglich zu machen und blicke mit Zuversicht auf die kommenden Aufgaben.

Ihr
Alexander Schmid ■

Ein gelungenes Symbolbild von der Landesvorstandssitzung am 14. Juli 2017: Justizminister Guido Wolf und Landesvorsitzender Alexander Schmid. *(VD 4-5/2017, S.9)* **„Gemeinsame Arbeit und Ziele machen die Wege frei zu Erfolgen!“**

In einem Artikel von dpa vom 19. Dezember 2019 mit Interviews – Autor: Martin Oversohl, dpa Stuttgart – haben sich Justizminister Guido Wolf MdL und der BSBD-Landesvorsitzende Schmid u. a. wie folgt geäußert:
… „Im bundesweiten Vergleich steht Baden-Württemberg *immer noch* alles andere als gut da, kritisiert der Bund der Strafvollzugsbediensteten **(BSBD)** und spricht von einem «Tsunami an Belastung». Das soll besser werden, versprach **Minister Wolf** am Donnerstag in Stuttgart. Die Landesregierung habe die Weichen dafür gestellt….“

Bei der Frage nach den für Gefangene zuständigen Bediensteten sagte „**Minister Wolf:** „Zu wenig!“ Es gebe Stockwerke mit durchschnittlich 50 Gefangenen, die nur von einem einzigen Angestellten bewacht würden. «Das ist nicht die Ausnahme, sondern fast die Regel», beschreibt **Alexander Schmid** vom **BSBD**-Landesverband die Lage hinter den Gefängnismauern. «Da ist jede Polizeistreife besser besetzt.»…“

Bei der notwendigen Nachsteuerung wurden „laut Ministerium bereits in den ersten beiden Haushalten der laufenden Legislaturperiode rund 250 neue Stellen für den Justizvollzug geschaffen, in den kommenden beiden Jahren sollen es weitere 175 werden – und mit Blick auf die darauffolgenden Jahre spricht der Justizminister von mehreren Hundert weiteren Stellen, die es benötigen dürfte. Dennoch sei der Stellenzuwachs «ein Schritt in die richtige Richtung», lobt der **BSBD**-Vorsitzende **Schmid**.“ … *Für Neueinstellungen werden folgende Problemanzeigen aufgemacht: Das Interesse an Bewerbungen sei nicht besonders ausgeprägt. Nach dem Ministerium* „kann dies am Lohn allein es nicht liegen: Ein JVA-Bediensteter verdient zwischen 2.700 und 3.500 Euro brutto im Monat. Nach Ansicht des **BSBD** hat aber auch der Druck auf die Angestellten mit der Situation zu tun, ebenso wie die steigende Brutalität durch die Gefangenen, der mangelnde Respekt. «Die Situation hat sich nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität verschlechtert», sagt der Landesvorsitzende **Alexander Schmid**.“

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors Martin Oversohl von dpa Stuttgart.
(kursiv: Einfügungen der VD-Redaktion wok) ■

Über den DHH-Tellerrand hinaus:

Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion

Mit einem Entschließungsantrag vom 10. Dezember 2019 hat die **SPD**-Fraktion die in die Zukunft weisende Strukturierung des baden-württembergischen Justizvollzugs angeregt und versucht, weitere bedeutende Maßnahmen nach dem Jahr 2021 auf den Weg zu bringen.

Der Entschließungsantrag wurde im zuständigen Finanzausschuss zwar abgelehnt und ebenfalls der gleichlautende Änderungsantrag zum Kapitel 05 am 11. Dezember 2019 bei der Debatte um den Justizetat im Landtag. Auch in zurückliegender Zeit hat die **SPD**-Fraktion und vor allem ihr Abgeordneter und Strafvollzugsbeauftragter **Jonas Weber MdL** Anfragen an die Landesregierung gerichtet, die problematische Situationen im Justizvollzug und für seine Bedienstete betrafen – so z. B. zur „Änderung der Anwärtersonderzuschlagsverordnung“ *(Februar 2019, s. VD 2/2019, S.12)* und zu „Angriffen gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalten“ *(März 2019, VD 3/2019, S.12)*. Diese Anfragen zeitigten auch für den **BSBD** erfreuliche Wirkung. So hält auch der jetzige Entschließungsan-

trag den angestoßenen Stein am Rollen, er kann gerade in der weiteren Personal- und Strukturentwicklung Anstöße geben und das politische Bewusstsein für Zukunftsfragen des Justizvollzugs schärfen.

Hier ist nun der Antrag:

Landtag von Baden-Württemberg
Drucksache 16/7305-9
Antrag der Fraktion der SPD

Entschließung zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2020/2021 Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa, Kapitel 05008 Justizvollzugsanstalten

„Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen,

1. bei den kommenden Haushaltsaufstellungen weitere Schritte zu unternehmen, um mittelfristig die mindestens erforderlichen 400 zusätzlichen Neustellen für alle Laufbahnrichtungen des Justizvollzuges in Baden-Württemberg zu erreichen;
2. § 4 Ziffer 1 (mittlerer Dienst in der Besoldungsgruppe A 9) der Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung von Stellenobergrenzen für den staatlichen und außerstaatlichen Bereich Stellenobergrenzenverordnung (StOGVO) zu ändern und die Stellenobergrenzen für die Anteile der Beförderungsämter für Beamte und dienstordnungsmäßig Angestellte nach Maßgabe sachgerechter Bewertung für den Bereich des Justizvollzugsdienstes gesondert auszuweisen und auf 70 Prozent anzuheben sowie die Anhebung der Stellenobergrenzen durch die analoge zeitnahe Schaffung von entsprechenden Haushaltsstellen in den Besoldungsgruppen A 9 und A 9 mit Amtszulage sicherzustellen und umzusetzen.

Stoch, Gall, Hofelich und Fraktion
10.12.2019

Begründung

Die Schaffung von 175 Stellen für den Justizvollzug im Doppelhaushalt 2020/2021 ist ein nötiger und richtiger Schritt. Diese 175 Stellen decken allerdings nicht annähernd den tatsächlichen Bedarf, denn im Justizvollzug sind unter Berücksichtigung der steigenden Gefangenenzahlen und insbesondere auch der zunehmenden Anzahl von auffälligen Gefangenen mindestens 400 zusätzliche Stellen erforderlich. Nur so kann nachhaltig sowohl die Resozialisierung und Betreuung der Strafgefangenen wie auch die sichere Verwahrung aller Inhaftierten sichergestellt werden und auch dem erhöhten Anspruch auf Eigensicherung der Bediensteten Rechnung getragen werden.

Diese Notwendigkeit hat auch der Justizminister in der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 10. Oktober 2019 noch einmal bekräftigt. Mit dieser Entschließung soll der Wille des Landtags gegenüber der Landesregierung betont werden, diese Ziele unbedingt im Auge zu behalten und die nötigen Stellen in den kommenden Haushaltsaufstellungen auch entsprechend zu berücksichtigen.

Für den mittleren Dienst im Justizvollzug gilt bislang die in § 4 Ziffer 1 StOGVO festgeschriebene Stellenobergrenze von 40 Prozent. Demgegenüber gilt für den mittleren Dienst in der Steuerverwaltung eine Stellenobergrenze von 60 Prozent, im Polizeivollzugsdienst eine Stellenobergrenze von 70 Prozent. Sowohl in der Steuerverwaltung als auch im Polizeivollzugsdienst sollen die Möglichkeiten, die die StOGVO bietet, richtigerweise ausgeschöpft werden oder sind bereits ausgeschöpft….

Im Bereich des Justizvollzugs ist es in den vergangenen Jahren zu einer deutlichen Schieflage gekommen, da die Möglichkeiten der für den Justizvollzug aktuell geltenden Stellobergrenzen von 40 Prozent im mittleren Dienst nicht annähernd ausgeschöpft wurden mit der Folge, dass Bedienstete, die mehr als 20 Jahre im Justizvollzug tätig waren, keine Aussicht mehr auf eine Beförderung nach A 9 haben.

Nachdem der zum Doppelhaushalt 2018/2019 von der **SPD** entsprechende Änderungsantrag bedauerlicherweise von den Regierungsfraktionen von **Grünen** und **CDU** noch abgelehnt wurde, konnte durch die von der **SPD** im Ständigen Ausschuss am 10. Oktober 2019 angestoßene Diskussion *(vgl. **SPD**-Antrag Landtagsdrucksache 16/6476)* erreicht werden, dass die erforderlichen Stellenhebungen im Justizvollzug über entsprechende Änderungsanträge nun doch noch im Doppelhaushalt 2020/2021 umgesetzt werden.

Fakt ist aber auch, dass die bislang für den Justizvollzug geltende Stellenobergrenze von 40 Prozent den Herausforderungen des Justizvollzugs nicht gerecht wird und trotz der anerkannt stark veränderten Rahmenbedingungen in seiner Weiterentwicklung von anderen Ressorts, in denen der mittlere Dienst noch stark präsent ist, abgekoppelt ist.

Es ist daher durch die Landesregierung eine Angleichung an die für den Polizeivollzugsdienst geltende Stellenobergrenze von 70 Prozent vorzunehmen, da der Justizvollzug in vielerlei Hinsicht (z. B. Pensionseintrittsalter, Höhe der jeweils gewährten Zulagen) mit diesem als vergleichbar anzusehen ist.“… ■

▲ **SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch, MdL**

▲ **SPD-Abgeordneter Reinhold Gall, MdL**

◄ **SPD-Abgeordneter Peter Hofelich, MdL**

Fotos (3): LTBW Abg.-Profile

Aufstiegsschancen im Justizvollzug müssen möglich sein

Auch zu diesen Zukunftsvisionen hat der BSBD-Landesvorsitzende Schmid in einem Interview mit Katja Korf von der *„Schwäbischen Zeitung Ravensburg“* am 8. Januar 2020 unter dem Titel „Harter Arbeitsalltag hinter Gittern – Gewerkschaft fordert bessere Bedingungen für Vollzugsbeamte“ einen wichtigen Ergänzungsbeitrag geleistet:

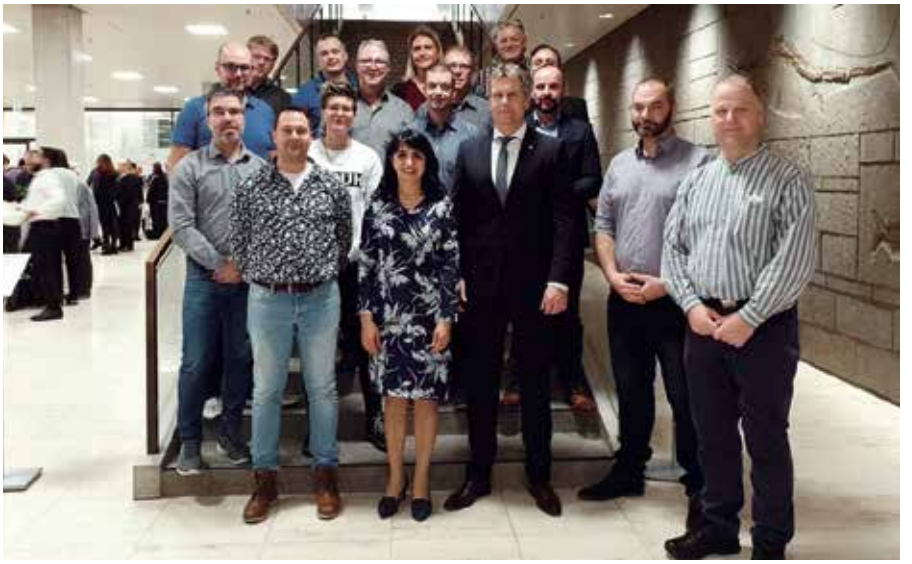
…

„Eigentlich sollen im Vollzug 40 Prozent der knapp 4.000 Stellen Führungskräfte mit entsprechendem Gehalt sein – nämlich A 9, je Erfahrungsstufe rund 200 Euro monatlich mehr. „Bislang allerdings waren nach unseren Schätzungen rund 500 Stellen zu wenig in dieser Besoldungsstufe ausgeflaggt“, moniert **Alexander Schmid**, Chef der Gewerkschaft.

In anderen Bereichen, etwa bei der Polizei, könnten bis zu 70 Prozent der Stellen nach A 9 bezahlt werden. „Dankenswerter Weise hat die Landesregierung da nachgebessert, nun fehlen nur noch rund 150 besser besoldete Stellen“, so **Schmid**….

Doch um den harten Job attraktiv zu machen und verdiente Mitarbeiter bei der Stange zu halten, brauche es weitere Verbesserungen. Dazu müsse die Regierung neue Karrierechancen eröffnen. Bislang sei für die Bediensteten in den Knästen bei A 9 Schluss, für viele schon bei A 8. „Erstens wollen wir, dass wie bei der Polizei bis zu 70 Prozent der Stellen besser bezahlt werden können. Außerdem blicken wir ‚neidisch‘ auf deren Modell des Aufstiegs“, sagt **Alexander Schmid**. Verdiente Polizisten im mittleren Dienst können eine mehrjährige Weiterbildung absolvieren und dann in den gehobenen Dienst aufsteigen. Das führt zu einem Plus beim Gehalt, mindestens 200 Euro pro Monat. Aus **Schmids** Sicht ist das auch wichtig, um die Mitarbeiter zu motivieren. „Kollegen, die jahrelang den Kopf hinhalten, müssen feststellen, dass sie in A 8 oder höchstens in A 9 ihre Karriere beenden. Leider konzentrieren sich einige von ihnen dann auf die Freizeit oder Nebenjobs, die Zahl der Krankheitstage steigt. Das begrüße ich nicht, man könnte dieser Entwicklung aber mit den genannten Maßnahmen entgegenwirken“, erklärt der Gewerkschafter.“

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin u. Landespolitischen Korrespondentin Katja Korf) *wok* ■



BSBD-Personalräte mit Landtagspräsidentin Aras und BBW-Chef Rosenberger. *Foto: BSBD BW*

Landtagspräsidentin empfängt Personalrätinnen und Personalräte

Engagement als Brückenbauer und Mut zum Kompromiss gewürdigt

Es ist schon Tradition geworden, eine sehr wertvolle und hoch geschätzte Tradition: der jährliche Empfang der Personalräte des BBW durch die Landtagspräsidenten.

So hat auch Landtagspräsidentin **Muhterem Aras** sich gerne in die Reihe ihrer Vorgänger eingeordnet und zusammen mit dem **BBW**-Vorsitzenden **Kai Rosenberger** am 12. November 2019 in den Landtag eingeladen. Im sehr gut besuchten Foyer des Landtages gab es neben Ansprachen und Begrüßungsworten eine sehr spannende Podiumsdiskussion, an der sich auch Gäste aus dem Publikum mit einbringen konnten. Auf dem Podium Position bezogen haben **BBW**-Chef **Kai Rosenberger**, die Abgeordneten **Thekla Walker (Grüne), Thomas Blenke (CDU), Dr. Rainer Balzer (AfD), Dr. Stefan Fulst-Blei (SPD)** und **Dr. Ulrich Goll (FDP/DVP).** Auch Personalräte des **BSBD** meldeten sich mit ihren Sorgen, den Sorgen des Justizvollzuges, zu Wort. Die anwesenden Spitzenpolitiker aller Fraktionen waren sehr interessiert an den Echtmeldungen der erfahrenen Personalräte. Nun gilt es für die Abgeordneten, mit diesem Input aus der Praxis auch in der Politik an die Umsetzung zu gehen.

Nach dem offiziellen Teil gab es noch viel Gelegenheit zum Austausch untereinander und somit zum wertvollen Blick über den Tellerrand.

*(Anm. der Redaktion: Den ausführlichen Bericht des **BBW** gibt es hier: **https://www.bbw.dbb.de/aktuelles/news/ihr-engagement-als-brueckenbauer-und-ihren-mut-zum-kompromiss/**)* ■

Das Podium bei der Versammlung der Personalrätinnen und Personalräte des BBW.

Justizverbände zu Gast bei der CDU-Fraktion

Spannender Austausch im Landtag beim „Abend der Justiz“ der CDU-Fraktion im Landtag

Neunzehn ganz verschiedene Verbände, Organisationen und Gruppierungen aus der Familie der Justiz in Baden-Württemberg haben sich am 12. November 2019 im Besucherzentrum des Landtages von Baden-Württemberg auf Einladung der CDU-Fraktion zu einem intensiven Kennenlernen und Austausch getroffen.

Von **BSBD**, BDR, Notarverein, Anwaltsverein, Gerichtsvollzieherbund, Verein der Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwaltskammern, BGBW bis hin zu Landesstiftungen waren fast fünfzig Personen anwesend. In einem jeweils auf vier Minuten begrenzten Impuls konnte sich die jeweilige Organisation vorstellen. Danach ging es in den Gedankenaustausch bei Getränken und einem kleinen Abendessen. Die **CDU**-Fraktion war sehr prominent besetzt – anwesend waren: **Justizminister Guido Wolf MdL, CDU-Fraktionsvorsitzender Prof. Wolfgang Reinhart MdL,** sowie die Abgeordneten **Willi Stächele, Dr. Stefan Scheffold** und **Karl Zimmermann.**

Andreas Ehresmann (I.) (JVA Stuttgart) und Landesvorsitzender Schmid.

Die durchweg sehr anregenden und interessanten Gespräche wurden durch den Vorsitzenden des AK I **Arnulf Freiherr von Eyb MdL** perfekt moderiert und geleitet.

So wurde der Abend zu einem bleibenden Gewinn für alle Anwesenden.

Der **BSBD** war durch seinen Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und durch **Andreas Ehresmann**, Mitglied des **BSBD** und des örtlichen Personalrats bei der JVA Stuttgart, ebenfalls bestens vertreten. ■

Die große Runde der Gesprächsteilnehmer beim „Abend der Justiz“ im Landtag.

Von rechts: Arnulf Freiherr von Eyb MdL, Karl Zimmermann MdL, Alexander Schmid und Andreas Ehresmann. *Fotos (3): BSBD BW*

Landeshauptvorstand des BBW zu Gast bei der BGV

Delegierte des BSBD waren der Einladung nach Karlsruhe gefolgt

Der Landeshauptvorstand des BBW war am 13. November zu Gast im Lichthof der BGV in Karlsruhe. BBW-Chef Kai Rosenberger konnte mehr als einhundert Delegierte aus vielen der Untergliederungen des BBW begrüßen. Auch der BSBD war wieder mit seinen Delegierten Alexander Schmid, Barbara Reber, Andreas Rothböck, Michael Schwarz und Frank Maertins vertreten.

Der Hausherr und Vorstandsvorsitzende der **BGV** – **Professor Edgar Bohn** – eröffnete mit seinem Grußwort die Veranstaltung. Danach stiegen die Delegierten unter der Leitung von **Kai Rosenberger** in die Tagesordnung ein.

BSBD-Landesvorstand und -Geschäftsführung beim BBW in Karlsruhe. *Foto: BSBD BW*

Das BBW-Plenum im modernen und großzügigen Lichthof der BGV. *Foto: BSBD BW*

Intensiv wurde beraten und diskutiert. „Die Themen gehen uns nicht aus", so **BBW**-Chef **Kai Rosenberger.** „Ich denke da an die erneuten Angriffe auf die Versorgung, die andauernde Diskussion ausgelöst durch einzelne Abgeordnete und Funktionäre der **GRÜNEN** zum Thema Beihilfe, die ausstehende Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte, die Rücknahme der Beihilfeabsenkung von 2013 inklusive einem kritischen Blick auf die Kostendämpfungspauschale, das Thema Wohnungsnot auch für öffentlich Bedienstete", um nur einige Beispiele zu nennen.

Oh ja, es bleibt viel zu tun, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten – und der **BSBD** arbeitet da gerne zum Wohle seiner Mitglieder mit! ■

Gewerkschaftliche Ziele und Mitgliedervorteile neu definiert

Arbeitsgruppe „Gewerkschaftsmanagement" traf sich in Schwäbisch Gmünd

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppensitzung: v.l.n.r.: Schwarz, Rothböck, Mugele, Honigmann, Stuntz und Kretschmer. *Foto BSBD BW*

Am 5. November 2019 ging es um den Schwerpunkt „Lebenslagen im Vollzug", aber auch um Plakatentwürfe zum Thema „jüngste Erfolge des BSBD BW" sowie zum Postulat: „10 gute Gründe für den BSBD BW".

Die Arbeitsgruppe ist 2018 in Karlsruhe aus der **dbb**-Tagung „Gewerkschaftsmanagement" hervorgegangen und hat das vorrangige Ziel, Erleichterungen und Verbesserungen durch und für die Mitgliedschaft herauszuarbeiten, sowie mit dem Lebenslagenprinzip den Mitgliedern ergänzende Leistungen zu bieten, wie zum Beispiel: bessere Darstellung und vereinfachte, bedarfsgerechte Handhabung der vielfältigen Informationen auf der **BSBD**-Website.

Der Grundgedanke des sog. Lebenslagenprinzips besteht darin, typische und üblicherweise „im Vollzug" vorkommende und alle Dienste betreffende Lebenssituationen zu skizzieren und damit interessierten, hilfe- und ratsuchenden Mitgliedern auf einfache Art und Weise Unterstützungsmöglichkeiten, Leistungen und Informationsmaterial zur jeweiligen Lebenssituation anzubieten.

Die Mitglieder sollen dadurch künftig auf verständlichem und unkompliziertem Weg darüber informiert werden, welche Möglichkeiten bzw. Leistungen zur Unterstützung und Hilfe es durch den **BSBD** in den unterschiedlichen Lebenssituationen, in denen sie sich befinden können, gibt.

Anhand von Beispielen und konkreten Fällen, die aus der Praxis stammen, werden die Angebote des **BSBD** verständlich und deutlich gemacht. Das ratsuchende Mitglied soll sich schnell wiederfinden und wissen, an wen es sich im Fall der Fälle wenden kann, damit es sich in seiner individuellen und oftmals belastenden Situation nicht alleine fühlt, sondern sich bewusst ist, mit dem **BSBD** und seinen Premium- und Kooperationspartnern kompetente Experten an seiner Seite zu haben.

Keiner muss sich beim BSBD alleine durchkämpfen, denn: Solidarität ist unsere Kraft. Die in guter Atmosphäre überlegten und erstellten ersten Fallbeispiele reichen von der Ausbildung (Vorbereitungsdienst) über den aktiven Dienst bis hin zum Eintritt in die Pension bzw. Rente. **Getreu unserem Motto: „Euer Wohlergehen, unser Auftrag – vom ersten bis zum letzten Tag!"**

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden bald den Ortsverbänden und deren Mitgliedern auf der **BSBD**-Homepage zur Verfügung gestellt. ■

BSBD BW bei der dbb-Jahrestagung in Köln

Der Öffentliche Dienst der Zukunft – Agil, vielfältig und digital

Von 05. bis 07. Januar 2020 fand – wie alljährlich – die Jahrestagung des dbb in Köln statt.

BSBD-Landesvorsitzender **Alexander Schmid** und der FGV Junge Bedienstete **Philipp Weimann** in seiner Funktion als Mitglied der **BBW**-Jugend nahmen an der Tagung teil. Neben den vielfältigen gewerkschaftspolitischen Themenschwerpunkten war insbesondere auch die Pflege von Kontakten zur Politik, zu anderen Gewerkschaftern und zu sonstigen Partnern des **BSBD** im Fokus der Teilnehmer.

Der **dbb** hat dazu ein **Werkstattpapier zur Modernisierung des Staatsdienstes** vorgelegt und einen Dialogprozess gestartet. Nach seiner Vorstellung ist der öffentliche Dienst der Zukunft

- mobil, agil und vielfältig,
- bürgernah und leistungsstark – analog wie digital,
- ein attraktiver Arbeitsplatz,
- top-ausgestattet und top-qualifiziert – jederzeit,
- geschätzt und wertschätzend gegenüber seinen Beschäftigten und mitbestimmt und mitgestaltet von starken Personalvertretungen. ■

Die BSBD-Kollegengruppe bei der dbb-Tagung: (v.l.) Weimann, Butschinek, Müller, Selle, Goiny, Sammer, Hirtz, Schmid. *Foto: BSBD*

Zahl der Angriffe auf Justizvollzugsbedienstete steigt rapide

„Respekt vor Regeln und vor Autoritäten geht dramatisch zurück“

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der schwereren Angriffe auf Justizvollzugsangestellte in baden-württembergischen Gefängnissen mehr als verdreifacht.

Registrierten die Haftanstalten im Jahr 2010 noch zehn ernstere Vorkommnisse, nach denen ein Mitarbeiter seinen Dienst nicht mehr ausüben konnte, so waren es 2015 bereits 26 und 2018 insgesamt 34. „Der Respekt vor Regeln und vor Autoritäten geht dramatisch zurück“, sagte Baden-Württembergs **Justizminister Guido Wolf (CDU)**. „Das setzt sich fort bis in unsere Haftanstalten. Auch dort nehmen die sicherheitsrelevanten Vorfälle zu.“

(Quelle: JM BW und SWR aktuell vom 27.12.2019)

Immer mehr psychisch auffällige und drogenabhängige Gefangene

Zwischen den Jahren 2019/2020 hat das Thema zunehmende Gewalt und Übergriffe auf Beamte und Beamtinnen im Justizvollzug eine ungewöhnlich breite Resonanz in den regionalen und überregionalen Medien im Land gefunden. Zeitungen, Fernsehen und Hörfunk berichteten diesmal aus den Gefängnissen, wogegen die bisherigen Schwerpunkte meist bei Übergriffen, Gewalt und Respektlosigkeiten gegenüber Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleuten lagen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich also – zu Recht – auf den Justizvollzug ausgeweitet.

Die Zahl der schweren Angriffe auf Justizvollzugsbedienstete in baden-württembergischen Gefängnissen hat sich seit 2010 verdreifacht. *Abb. in Badischer Zeitung v. 28.12.2019*

Hier nur ein paar Schlagzeilen:

- Badisches Tagblatt Baden-Baden vom 28.12.2019: **Gewalt gegen Beamte steigt rapide.**
- BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN 28.12.2019: **Alltägliche Aggression.**
- Heilbronner Stimme Stadtausgabe vom 28.12.2019: **Mehr Angriffe auf Justizangestellte.**
- Schwarzwälder Bote Oberndorf vom 28.12.2019: **Kein leichter Job hinter Gitter.**
- Rhein-Neckar-Zeitung vom 28.12.2019: **Respekt vor Regeln geht zurück.**

- Badisches Tagblatt Baden-Baden vom 28.12.2019: **Gewalt nimmt zu.**

usw. usf. …

Die Redakteurin **Elvira Weisenburger** von den **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN** hat für ihren Artikel „Alltägliche Aggressionen" vom 28. Dezember 2019 neben anderen Vollzugsbeamten auch den **BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid** für ein Interview kontaktiert – diese haben übereinstimmend u. a. folgendes ausgeführt:

„Die Atmosphäre hat sich schwer verändert. Es gibt immer mehr psychisch auffällige und drogenabhängige Gefangene – die Hemmschwelle ist ganz, ganz niedrig."

Registriert werden in der Statistik allerdings nur Fälle, in denen die Gefängnismitarbeiter nach dem Angriff dienstunfähig sind. **Alexander Schmid,** Landesvorsitzender vom **Bund der Strafvollzugsbediensteten**, hält die Statistik deshalb für „kaum aussagekräftig", wie er im Gespräch mit dieser Zeitung betont: „Das ist nur die absolute Spitze des Eisbergs. Wenn jemand geschlagen wird, aber danach nicht zum Arzt geht und krankgeschrieben wird, taucht er in der Statistik gar nicht auf. Das Problem von Aggression und verbaler Gewaltandrohung habe nach Erfahrung der JVA-Mitarbeiter eklatant zugenommen." Häufig stünden die Bediensteten alleine einem Gefangenen gegenüber. In solchen „Nase-an-Nase-Situationen" fielen auch häufig Sprüche wie: „Wir treffen uns draußen wieder – ich weiß, wo du wohnst".

Die Ursachen der zunehmend aggressiven Stimmung sind laut **Schmid** vielschichtig. „Die dramatische Überbelegung in unseren Gefängnissen spielt eine große Rolle", sagt der Gewerkschafter. „Es fehlen im Land rund 1.000 Vollzugsplätze. Diese drangvolle Enge führt einfach zu einem höheren Druck." Auch „ethnische Besonderheiten" bescherten bei einer Ausländerquote von fast 50 Prozent in den Gefängnissen neue Alltagsprobleme. Gerade für weibliche Vollzugsbedienstete sei dies „eine Herausforderung". **Schmid** betont, es gehe weniger um ein Flüchtlingsproblem, sondern um „kriminelle Trittbrettfahrer", die auf den Zug der Armen und Heimatlosen aufgesprungen seien. Es sei auch schwierig, einem anderen Problem hinter Gefängnismauern zu begegnen: Der Gewalt unter Häftlingen. Einen Spitzenwert von 87 Misshandlungen unter Gefangenen verzeichnete das baden-württembergische Justizministerium 2017, im Jahr 2018 wurden 65 Fälle aktenkundig, in diesem Jahr bisher 44. In Freiburg machte gerade der Fall eines Vergewaltigers und Frauenmörders Schlagzeilen: Der Mann, der in Endingen eine Joggerin umgebracht hatte, wurde hinter Gittern schwer verletzt – doch ein angeklagter Mithäftling freigesprochen, aus Mangel an Beweisen."

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der BNN-Redaktion Südwestecho, Karlsruhe)

Eine umfassende statistische Erhebung ist notwendig

Uns scheint erforderlich, dass diese gewaltsame Entwicklung in den Gefängnissen näher beleuchtet und sachdienlich erfasst wird. Dazu ist es u. E. notwendig, umfassende und differenzierte statistische Erhebungen vorzunehmen, um ein abgesichertes Bild zu erhalten, aufgrund dessen wiederum präventive und auch repressive Maßnahmen gegen diese Übergriffe entwickelt werden könnten. *(Mit dieser Statistiksache befasst sich auch die FG Vollzugsdienst, s. weiteren Beitrag in diesem Heft.)*

Im Vollzugsalltag sind diese Übergriffe sehr unterschiedlich und vielfältig. Neben den zur Dienstunfähigkeit führenden physischen Verletzungen sind es viele, weniger schwerwiegende körperliche oder verbale Tätlichkeiten. Da gibt es Rempeleien und Tritte (aus „Versehen"), Sachbeschädigungen sowie sehr oft Beschimpfungen, Bedrohungen und Beleidigungen gegenüber von Beamtinnen und Beamten.

Das muss meist hingenommen werden, da die Bediensteten ja nicht „mit gleicher Münze zurückzahlen" dürfen.

Da gibt es abgerissene Uniform-, Hemden- oder Blusenknöpfe – Kratzer, Prellungen und Striemen – ein auf den oder die Bedienstete geschleudertes Essgeschirr mit Tomatensoße oder auch mit Fäkalien beschmierte Zellentüren und -schränke, um eine Durchsuchung des Haftraums zu verhindern. Dies alles sind Ereignisse, die meist zwar gemeldet und gelegentlich auch zu Disziplinierungen der Gefangenen führen, die dann aber in den GPA (Gefangenenpersonalakten) abgelegt werden und so verschwinden. Und so werden auch all diese Übergriffe und Tätlichkeiten statistisch nicht erfasst.

Großes Dunkelfeld im Bezug auf den tatsächlichen Umfang der Übergriffe

Dies hat der **BSBD** bereits beim Delegiertentag im Oktober 2017 moniert, indem er festgestellt hat, dass die statistische Fallerfassung des Ministeriums nur einen Teil des tatsächlichen Umfangs der Übergriffe zeigt. Geht eine Auseinandersetzung nur mit Schrammen, Kratzern oder ein paar Prellungen – ohne Krankschreibung – ab, bleibt sie im „Dunkelfeld".

Dass dies recht groß sein muss, hat die 2016 wissenschaftlich durchgeführte **Mitarbeiterbefragung** in allen Anstalten des Landes ergeben – und die Resultate (8. Juni 2016) können aufgrund der hohen Beteiligung von 66 Prozent als sehr valide gelten. Auf die Frage: „Ich selbst bin Opfer unmittelbarer körperlicher Gewalt/Bedrohung geworden" haben über 12 Prozent der Befragten „(sehr) häufig oder manchmal" angegeben. Wird diese Zahl auf die hauptsächlich betroffenen Bedienstetengruppen umgerechnet, dann ergäbe sich daraus eine Fallzahl von **300** bis **400 Übergriffen** pro Jahr. *(s. auch unseren Artikel: „Gewalt in den Gefängnissen – unausrottbar?!" mit vollzugspraktischen Anregungen in: DER VOLLZUGSDIENST 3/2018, S. 10)*

Zum gegenwärtigen Zustand in den Anstalten müssen auch gesamtgesellschaftliche Phänomene angemerkt werden. Es ist fast unerträglich, wie oft und

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997
Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"
Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.
Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.
Top-Finanz.de · Nulltarif- 0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
Aus dem Vollzug, für den Vollzug!
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
www.bsbd.de

dauerhaft **„Hetze und Hass in den Social Media“** überall erwähnt und angeprangert werden, ohne dass wirksame gesellschafts- und kriminalpolitische Reaktionen in Aussicht wären.

Wenn die Gefangenen auch hierzu (noch?) keinen Zugang mit Handys haben, ist in ihren überwiegenden Altersgruppen dieses Übel wohlbekannt und wird auch hoch geschätzt, denn es macht vor den Gefängnismauern nicht halt.

Wenn dann auch noch ein deutsches Gericht **allerübelste Beleidigungen** und Beschimpfungen gegen eine Politikerin als „legitime Meinungsäußerungen mit Sachbezug“ einstuft, wird dies alles auch von Gefangenen mit ihrem verbrieften Informationsrecht über Funk und Fernsehen sehr wohl – und hier wie dort genüsslich – wahrgenommen und verbreitet. Dann ist es nicht weit entfernt, diesen immer wieder buchstäblich zitierten Unflat auch mal über eine Vollzugsbeamtin verbal auszukübeln, auch wenn kein „Sachbezug“ gegeben ist. Das ist umso einfacher, da in den oft üblichen Sozialbereichen der Gefangenen – und auch im Gefängnis – ohnehin eine derbe und unflätige Sprache „gepflegt“ wird.

Und man sollte sich in solchen Fällen auch vor Augen halten, dass nicht nur sichtbare körperliche Verletzungen sehr schmerzen können, sondern besonders auch psychische Wunden, die verborgen bleiben und deshalb auch lange oder gar nicht abheilen.

Gewalt und Aggression konsequent erfassen und individuell sanktionieren

Es tut also Not, diese sich ausweitende Gewalt und Aggression in Gefängnissen nicht nur zu beklagen, sondern sie individuell zu erfassen und dann konsequent zu sanktionieren – sei es mit Disziplinarmaßnahmen oder auch mit Strafanzeigen. Denn gerade offene Verfahren haben oft eine nicht zu unterschätzende Wirkung und können weh tun, da sie zumindest einen sehr hemmenden oder gar verhindernden Einfluss auf vollzugsöffnende Maßnahmen und auf vorzeitige Entlassungen ausüben können.

Daneben müssen aber all diese abgestuften Angriffe und Übergriffe – seien sie körperlich oder verbal – in einer umfassenden und differenzierten Statistik erhoben und bewertet werden, um ein Gesamtbild zu erhalten und um vor allem Präventivmaßnahmen entwickeln, aber auch um repressive Mittel einsetzen zu können. *wok* ■

Tierische Helfer im Kampf gegen Drogen

Ab April 2020 hat der Vollzug wieder eigene Spürhunde

Vier Tiere werden derzeit ausgebildet und sind jeweils mit einem Hundeführer in den Justizvollzugsanstalten in Bruchsal, Freiburg, Ravensburg und Heilbronn ansässig und hauptsächlich tätig.

Nach der Ausbildung sollen sie aber auch für alle anderen Anstalten im Einsatz sein. Nachdem der baden-württembergische Vollzug nun ein paar Jahre keine eigenen Drogenspürhunde zur Verfügung hatte, musste man diese bei Bedarf bei der Polizei und dem Zoll anfordern.

Drogenspürhund bei der JVA Heilbronn.
Quelle und Foto: © SWR aktuell

Justizminister Guido Wolf (CDU) sagte der Presse: „Unsere Hunde werden dank ihres herausragenden Geruchssinns in der Lage sein, Drogen in Verstecken und selbst an Personen zuverlässig zu entdecken.“ In einer „Dienstzeit“ von acht Jahren kostet ein Spürhund nach Ministeriumsangaben rund 50.000 Euro – inklusive Kauf, Ausbildung, Ausrüstung und Futter. Hinzu kommen Personalkosten für den Hundeführer. Der **BSBD** begrüßt sehr die Entwicklung zurück zu eigenen Tieren. „Der Kampf gegen Drogen und Handys in den Anstalten ist ein Dauerbrenner“, sagt **BSBD-Landeschef Alexander Schmid** im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung, „wir dürfen da kein bisschen nachlassen.“ ■

JobBike soll im Sommer 2020 kommen

Landesverwaltung arbeitet an einem Umsetzungskonzept

Die JobRad GmbH aus Freiburg hat sich bei der europaweiten Ausschreibung des baden-württembergischen Ministeriums für Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium durchgesetzt und bietet Landesbeamtinnen und -beamten bald Leasingmodelle für Fahrräder und Pedelecs an.

Ab Sommer 2020 soll es Landesbeamtinnen und -beamten möglich sein, im Rahmen einer Entgeltumwandlung für einen Teil des Bruttogehalts ein Fahrrad oder Pedelec zu attraktiven Konditionen zu leasen.

Die Voraussetzung für eine Gehaltsumwandlung zum Zwecke des Bikeleasings hatte der baden-württembergische Landtag im Juli 2017 mit der Novellierung des Landesbesoldungsgesetzes geschaffen. **Verkehrsminister Winfried Hermann MdL** meinte dazu: „Jede Fahrt mit dem Rad oder Pedelec bedeutet Mobilität mit null CO_2-Emissionen. Wer Rad fährt, erfährt nachhaltige Mobilität und leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Deshalb freue ich mich, dass wir für die 170.000 Landesbeamtinnen und -beamten einen Anreiz setzen, mehr Fahrten mit dem Rad zurückzulegen, auf dem Weg in den Dienst und privat.“

Die Landesverwaltung arbeitet derzeit gemeinsam mit der JobRad GmbH noch an einem Umsetzungskonzept zur Einführung von **JobBike BW.** Die Konditionen, sowie das genaue Antragsverfahren sollen rechtzeitig vor dem Start des Angebots mitgeteilt werden. ■

Winfried Hermann MdL – Verkehrsminister von Baden-Württemberg.
Foto: © Ministerium für Verkehr BW, Daniel Mühlebach

Fachgruppe VD im Justizvollzug zu Gast in der JVA Stuttgart

Landesvorsitzender Alexander Schmid berichtete über Erfolge des BSBD BW

Am 17. Oktober 2019 fand die Fachgruppentagung VD in der JVA Stuttgart statt.

Nach der Begrüßung durch die Vollzugsdienstleiterin Frau **Engelhardt** und einer kurzen Vorstellungsrunde stellte der zweite Landesfachgruppensprecher **Uwe Zielinski** die angedachte Neuausrichtung der ARGE „Vollzugsdienst“ vor. Die Vorgehensweise und die Transparenz wurde von den Teilnehmern positiv aufgenommen und fand eine breite Zustimmung.

Erfreulicherweise hatte sich auch der **Landesvorsitzende Alexander Schmid** Zeit genommen und berichtete ausführlich über die Mitgliederentwicklung, die Entwicklung der freien Heilfürsorge, die HPR-Wahl im Juli 2019 und weitere kleinere und größere Erfolge des **BSBD** in der letzten Zeit.

Diesen interessanten Ausführungen schloss sich ein reger, intensiver Meinungsaustausch an, im Rahmen dessen Themen wie Überstundenentwicklung, die Höhe der Überstundenvergütung, die Höhe der DUZ und weiteren direkte Anfragen aus den einzelnen Ortsverbänden diskutiert wurden. Anschließend berichtete Kollege **Schelenz** über den derzeitigen Sachstand der Erfassung der Übergriffe auf Bedienstete.

Mittlerweile hat hierzu ein informatives Gespräch in der JVA Karlsruhe stattgefunden. Hierbei wurde u. a. erläutert, welche weiteren Möglichkeiten der Erfassung existieren und wie diese durchgeführt werden. Neben der Erfassung als V12 (Erfassung jedoch nur mit Dienstunfähigkeit) kann und wird in Teilen der baden-württembergischen Vollzugsanstalten eine Erfassung der Angriffe über die bundesweiten „STV-Statistiken“ durchgeführt. Dies erfolgt jedoch in unterschiedlicher Tiefe (Beleidigungen ja/nein usw.) Die Thematik geht jetzt an die ARGE mit dem Ziel, einen Arbeitsauftrag für den Landesvorstand zu erarbeiten und spätestens in der kommenden Landeshauptvorstandssitzung an den Landesvorstand zu übergeben. Diesem umfangreichen Komplex schloss sich eine interessante Besichtigung der JVA Stuttgart an.

Wie immer viel zu schnell wurde dann gegen 16.30 Uhr die Sitzung mit der Vorankündigung beendet, dass die nächste Fachgruppentagung im Herbst in Baiersbronn stattfinden wird. ■

Foto: BSBD-FG VD

Fachgruppensprecher des VD Jürgen Scheike.

Die „neue“ JVA Stuttgart. *Foto: KarluP-Architekten*

Detlef Hamacher verabschiedet sich in den Ruhestand

Fachgruppentagung der Medizinischen Dienste in Rottenburg

Am 24. 10. 2019 trafen sich die Fachgruppen der Medizinischen Dienste (Ärztlicher Dienst und Krankenpflegedienst) zu ihrer zweiten Tagung des laufenden Jahres in Rottenburg. Notwendig geworden war dies, da sich der langjährige Fachgruppensprecher des Krankenpflegedienstes – Detlef Hamacher – mit Ablauf des Jahres in den Ruhestand verabschieden wird.

Die Begrüßung nahmen **Regierungsdirektorin Crispien**, in Vertretung des **Anstaltsleiters Weckerle**, gemeinsam mit **FGV Hamacher** im Konferenzraum der JVA Rottenburg vor.

Bei einem kleinen Imbiss stellte **Ilona Crispien** dem Plenum den geschichtlichen Werdegang der JVA, die aktuelle Belegungsfähigkeit sowie Schwerpunkte und Leistungsfähigkeit der Hauptanstalt und ihrer beiden Außenstellen Tübingen (U-Haft) und Maßhalderbuch (offener landwirtschaftlicher Vollzug mit neuer Therapieeinrichtung) vor.

In dem sich anschließenden Gedankenaustausch unterstützen die Teilnehmer die Position von **Crispien** dahingehend, dass eine Einbeziehung von Bediensteten des mittleren Dienstes in bauliche und konzeptionelle Überlegungen wichtig sei.

Es folgte die obligatorische Besichtigung der Krankenabteilung inklusive der Bettenstation und der Röntgenabteilung.

Die Teilnehmer des Ortsverbandes Rottenburg (Kollegen **Taube** und **Hamacher**) führten und gaben gerne Auskunft.

Im **Rottenburger Traditionslokal Hirsch** fand hernach der zweite Teil mit Arbeitssitzung und Sichtung aktueller Themen statt. Wichtig dabei war die Kürung der Fachgruppenvertretung, die dem Landeshauptvorstand im Sommer 2020 zur Bestellung vorgeschlagen werden soll. Das oftmals zähe Ringen um Kandidaten entfiel und schnell ei-

nigten sich die Anwesenden auf Robin Ehret aus Mannheim, der einstimmig gewählt wurde.

Zum Verständnis der bekannten Aufnahmeproblematik im JVKH konnte **Silke Haustein** mit einem deutlichen Statement beitragen. Trotz großer Sympathie für das beschriebene Engagement wünschten sich die Kolleginnen und Kollegen jedoch weiterhin andere Aufnahmekapazitäten.

Zu den weiteren Wünschen der Fachgruppe zählt die vergleichbare und transparente Darstellung der täglich zu leistenden Arbeit. Man war sich einig darin, dass die in der FIS-Statistik erfassten Zahlen bei den Themen, die die Vollzugspraktiker interessieren würden, keine Aussagekraft hätten.

Krankenbuch soll wieder geführt werden

Nachdem sich bald herausstellte, dass das sogenannte Krankenbuch nicht mehr von allen Anstalten geführt wird, kam man zu dem Schluss, dass dies wieder unter einheitlichen Bedingungen gemacht werden sollte. Dies sei von allen bekannten Instrumenten das Beste, um zügig den tatsächlichen täglichen Arbeitsaufwand darzustellen. **Detlef Hamacher** wird den Anstalten eine Exceldatei zur Verfügung stellen. Sie soll es einfacher machen, die Zahlen ab Januar 2020 zu erheben.

Daneben bestand Übereinstimmung, dass die elektronische Gesundheitsakte von allen Anstalten gleichermaßen konsequent geführt werden sollte. Ideal wäre es aus Sicht der Fachgruppe, wenn sich das JVKH dem anschließen könnte. Zwar ist die augenblickliche elektronische Gesundheitsakte noch nicht ideal für ein Krankenhaus und muss weiter entwickelt werden, aber das muss sie auch für die Regelanstalten – und bis jetzt haben die Entwickler, die profunde Vollzugspraktiker sind, noch immer hervorragende Ergebnisse geliefert.

Wenig begeistert waren die Teilnehmer darüber, dass Standarduntersuchungen zu HIV, Hepatitis, Tbc bei der Erstaufnahme im JVKH nicht erhoben werden und deshalb weitere Blutentnahmen in der Folgeanstalt notwendig werden. Eine nicht zu begründende zusätzliche Problematik stellt dies für Anstalten dar, die bei positiven Quantiferon-Gold-Test eine Ausführung für Thoraxaufnahmen veranlassen müssen.

(Un)Ruheständler Detlef Hamacher.

Im Verlauf stellte sich heraus, dass das Thema Ausbildungsverkürzung im Vollzugsdienst für ausgebildete Pflegekräfte nicht in allen Anstalten gleich gehandhabt wird. Eine Kollegin wird sich des Themas annehmen und versuchen, die Vorgaben des JM zu diesem Thema zu besorgen. Ziel ist eine Vereinheitlichung des Vorgehens.

Rechtsberatung/Rechtsschutz: „Erster Weg immer zum BSBD-Ortsverbandsvorstand“

Als letzten Punkt erläutert **Detlef Hamacher** den Ablauf im **BSBD** beim Wunsch auf Rechtsberatung/Rechtsschutz. Wichtig hierbei: Der erste Weg geht nicht zu einem niedergelassenen Rechtsanwalt, sondern zum Ortsverbandsvorstand, über den der Antrag auf Rechtsschutz eingereicht werden muss.

Mit seinen Abschlussworten bedankte sich **Hamacher** für die über bald zwei Jahrzehnte dauernde gute Zusammenarbeit und das stets in ihn gesetzte Vertrauen der Fachgruppe Krankenpflegedienst sowie über all die Jahre tolle Zusammenarbeit mit den Fachgruppenvertretern des Ärztlichen Dienstes von **Dr. Lutz-Dettinger** über **Harro Rose** bis hin zu **Andreas Galster.**

Das nächste Treffen der Fachgruppe findet am 02. April 2020 in der Abschiebungshaftanstalt Pforzheim statt.

ham ■

Die BSBD-Tagungsgruppe der Medizinischen Dienste. *Fotos (2): FG MedD*

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

www.bsbd-bw.de

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Exklusivzins sehr gut
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

V.l.: Schmid, Hamacher und Stötzer.

Die geehrten Kollegen (v.l.) Aberle, Latus, Brotzer und Letzgus – in der Mitte OVV (a.D.) Hamacher. *Fotos: BSBD OV Rottenburg*

Jahreshauptversammlung des OV Rottenburg

Detlef Hamacher übergibt die Amtsgeschäfte im Ortsverband an Roger Stötzer

Bei der Hauptversammlung des BSBD OV Rottenburg am Donnerstag, den 14. November 2019 gab es den erwarteten Stabwechsel.

Der seitherige Vorsitzende **Detlef Hamacher** übergab nach über 20-jähriger Vorsitzenden-Tätigkeit den Führungsstab in jüngere Hände. Neuer Ortsverbandsvorsitzender ist der 46-jährige **Roger Stötzer.** Er ist gleichzeitig auch Personalratsvorsitzender der JVA Rottenburg. Stellvertretende Vorsitzende bleibt **Christine Hafenmayr.** Zum neuen Kassier wurde **Florian Haberer** gewählt. Als Schriftführer arbeitet **Stefan Draczkowski** weiter. Auch einige Neuwahlen von Fachgruppenvertretern wurden notwendig. Die „Fachgruppe Krankenpflegedienst“ wird künftig von **Dominik Taube** vertreten und der „FG Vollzugsdienst im Justizvollzug“ steht künftig **Daniel Panzner** vor. Allen bisherigen und frischgewählten Vorstandsmitgliedern dankte der neue Vorsitzende für den bisherigen und künftigen Einsatz.

JVA Rottenburg. *Foto: VAW Rottenburg*

Zudem wurden bei der Versammlung auch **Ehrungen für 25, 40, 50 und sogar 60 Jahre Mitgliedschaft** vorgenommen:

25 Jahre: **Jürgen Aberle, Hubertus Korsch und Rolf Mesam.**
40 Jahre: **Leonhard Brotzer.**
50 Jahre: **Stefan Latus.**
60 Jahre: **Erich Letzgus.**

Den Jubilaren gratulierten der scheidende Vorsitzende **Detlev Hamacher** und der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** ganz herzlich und überreichten ihnen sowohl ihre Urkunden als auch ein kleines Präsent. ■

Weihnachtsmarkt in Schwäbisch Gmünd

Der Ortsverband Schwäbisch Gmünd hatte seine Mitglieder zu einer gemütlichen Runde auf den Schwäbisch Gmünder Weihnachtsmarkt eingeladen.

Am Mittwoch, den 11. Dezember 2019 ab 17:00 Uhr erwartete der OV-Vorsitzende **Honigmann** seine Gäste. Diese konnten sich an der bei Gmündern bekannten Elchbar Glühwein, Punsch, Gegrilltes und vieles mehr schmecken lassen.

Der gleichermaßen fröhliche wie besinnliche Vorweihnachtsabend endete mit Schließung der Bar um 21:00 Uhr und soll auch in diesem Jahr 2020 wieder stattfinden.

Dirk Honigmann ■

Wie sich’s gehört: Nur fröhliche Gesichter in der Vorweihnachtszeit – gut so! *Foto: BSBD OV SchwGm*